



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

01/2015 – 06.02.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

nach zwei aufeinanderfolgenden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages will ich Ihnen hiermit die erste Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ im neuen Jahr 2015 zukommen lassen.

Ich werde auf den folgenden Seiten unter anderem auf die Wahl in Griechenland zurückblicken und ebenso das entschlossene Handeln der Bundesregierung gegen Islamisten thematisieren.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre und grüße Sie herzlich aus Berlin
Ihr

www.peterwichtel.de



Europa braucht Recht und Verlässlichkeit



(© Manfred Nuding/pixelio.de)

Nach der **Wahl in Griechenland** hat der EU-Mitgliedsstaat nun eine neue Regierung. Unabhängig davon muss klar sein, dass es bei den getroffenen Vereinbarungen bleibt. Griechenland hat bereits viel europäische Solidarität erfahren. Ich nenne nur den Schuldenschnitt. Für die Hilfen sind feste Regeln vereinbart worden. So haben wir immer Wert darauf gelegt, dass der Internationale Währungsfonds

beteiligt ist. Wahlergebnisse ändern diese Verträge nicht. Schon gar nicht wird es einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland geben. Die Griechen müssen ihre Reform- und Sparanstrengungen fortsetzen. Schon gar nicht sind wir dazu bereit, Wahlversprechen einer links-populistischen Regierung in Griechenland mit deutschen Steuergeldern zu bezahlen. Im Übrigen stört uns auch der Ton aus Athen. So geht man in Europa nicht miteinander um.

Europa ist mehr als Euro, Cent und Nothilfe. Dies wird in dieser Woche deutlich, wenn wir das Arbeitsprogramm der neuen Kommission debattieren. Es ist gut, dass die Europäische Kommission ihre Arbeit in dieser Wahlperiode weniger detailverliebt und insgesamt politischer anlegen will. In der Tat kommt es auf die großen Linien an, wenn Europa seinen Sinn deutlich machen will. Wir unterstützen daher sehr die Schwerpunkte: Subsidiarität, Vorrang von Wachstum und Investitionen, Bürokratieabbau, Binnenmarkt, Digitalisierung, das Bekenntnis zum Freihandel und eine intensive Rückbindung an die Mitgliedstaaten.

Entschlossen gegen Islamisten

Seit 2012 und verstärkt seit 2013 sind **mindestens 600 Islamisten**, davon mehr als die Hälfte deutsche Staatsbürger, aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak **ausgereist**, wo von der Anwesenheit von mehr als 3.400 Kämpfern allein aus Europa auszugehen ist. Viele von ihnen wurden militärisch ausgebildet und haben in dieser Region an Kämpfen teilgenommen.



(© Deutscher Bundestag/Lichtblick/ Achim Melde)

Die Ausreise von Kämpfern aus Deutschland in Krisenregionen trägt zur Destabilisierung staatlicher und ziviler Strukturen in diesen Krisengebieten und zur Stärkung terroristischer Strukturen vor Ort bei. Sie geht mit Straftaten im Ausland einher und berührt erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland. Die Rückreise dieser Personen gefährdet die innere Sicherheit Deutschlands. Es besteht ein erhebliches Risiko, dass kampferprobte Rückkehrer in Deutschland aktiv werden und Anschläge planen.

Nach geltendem Recht kann diesen Gefährdern bereits heute der Reisepass entzogen werden. Zukünftig gilt dieses auch für den Personalausweis, um Ausreisen in Krisengebiete, etwa über die Türkei, effektiver unterbinden zu können. Ein Ersatz-Personalausweis wird als Identifikationsnachweis ausgestellt. Dieses ist kein Allheilmittel gegen den Terror, aber wir müssen alles tun, um Terroranschläge zu verhindern. Dazu gehört auch, den Versuch der Ausreise mit terroristischen Motiven unter Strafe zu stellen und terroristischen Vereinigungen ihre finanzielle Grundlage zu entziehen.

Auch benötigen wir dringend Mindestfristen zur Speicherung von Verbindungsdaten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass 23 EU-Mitgliedstaaten auf dieses Mittel zur Terrorbekämpfung setzen, Deutschland aber weiterhin darauf verzichtet. Wir halten es zudem für richtig, die Sympathiewerbung für Terrorvereinigungen wieder unter Strafe zu stellen.

Aktuelles aus dem Plenum

Mit der Verabschiedung des **Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen** setzen wir die europäische Richtlinie betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit, die sogenannte Solvabilität II-Richtlinie, in deutsches Recht um. Kern der Neuregelung sind neue Eigenmittelanforderungen. Daneben werden höhere Anforderungen an die Unternehmensorganisation und zusätzliche Veröffentlichungspflichten geschaffen. Mit einem verbesserten Aufsichtssystem können zudem Versicherungsgruppen effizienter überwacht werden.



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

Wir haben zudem erstmals eine **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung von irakischen Sicherheitskräften** beschlossen. Bei dem Einsatz sollen sowohl Kräfte der Region Kurdistan-Irak als auch die irakischen Streitkräfte berücksichtigt werden. Bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr sollen zunächst bis zum 31.1.2016 eingesetzt werden können. Auf diese Weise trägt Deutschland effektiv zum Kampf gegen die Terrororganisation IS bei. Die Hilfe aus Deutschland ist in ein umfassendes Programm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur humanitären Nothilfe und zur Ausrüstungshilfe eingebettet.

Zudem haben wir der **Fortsetzung der Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der Integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei** zugestimmt. Angesichts des syrischen Bürgerkrieges und der zunehmenden Bedrohung durch die Terrororganisation IS besteht weiter das Risiko, dass der Konflikt auf die benachbarte Türkei ausgreift. Nach wie vor können Kurzstreckenraketen nahezu das gesamte türkische Staatsgebiet erreichen. Da die Türkei selbst keine Systeme zur Abwehr hat, leistet die Bundeswehr im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung weiterhin einen wichtigen Dienst in der NATO-Mission „*active fence*“.

Daten und Fakten

Preise für landwirtschaftliche Flächen steigen. Die Kaufpreise für landwirtschaftlich genutzte Flächen in Deutschland sind zwischen den Jahren 2000 und 2013 um durchschnittlich 80 Prozent gestiegen. Grund hierfür sind laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor allem die besseren Verdienstaussichten für Landwirte. Der Gewinn eines deutschen Haupterwerbsbetriebs stieg demnach von 593 Euro pro Hektar in den Jahren 2001/2002 auf etwa 839 Euro pro Hektar in den Jahren 2012/2013. Anzeichen für auf Spekulationen beruhende Preisblasen fanden die Forscher nicht. Laut DIW erschweren hohe Bodenpreise einerseits den Flächenerwerb für expandierende Betriebe, bieten jedoch gleichzeitig gute Sicherheiten zur Kreditaufnahme für Investitionen. Rund die Hälfte der deutschen Bodenfläche wird für die landwirtschaftliche Produktion genutzt, jedoch schrumpfte dieser Anteil im Jahr 2013 pro Tag um etwa 80 Hektar. Gleichzeitig werden die landwirtschaftlichen Betriebe immer größer: Wurden pro Betrieb im Jahr 1999 noch durchschnittlich etwa 40 Hektar bewirtschaftet, waren es im Jahr 2013 bereits 59 Hektar.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe gestiegen. Der Bund sowie die Länder und ihre Gemeinden haben im Jahr 2013 insgesamt rund 35,5 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Das sind rund zehn Prozent mehr als 2012. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von etwa 2,7 Milliarden Euro - unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen - wendete die öffentliche Hand netto rund 32,8 Milliarden Euro auf. Gegenüber 2012 entsprach das ebenfalls einer Steigerung von rund zehn Prozent. Der größte Teil der Ausgaben (65 Prozent) entfiel mit rund 23 Milliarden Euro auf die Kindertagesbetreuung. Das waren 13 Prozent mehr als 2012. Rund ein Viertel der Ausgaben - insgesamt mehr als 8,7 Milliarden Euro - wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,7 Milliarden Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform. Knapp fünf Prozent der Gesamtausgaben (rund 1,7 Milliarden Euro) wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugendberufshilfe oder Jugendzentren.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Manfred Nuding/pixelio.de
Seite 3 – Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim
Melde
Seite 4 – Andreas Hermsdorf/pixelio.de